

Herr Vorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kollege Paulsen hat heute Abend zu einem anderen Tagesordnungspunkt gesagt: „Politik und Pädagogik leben von Wiederholungen.“ Da ist etwas dran!

(Heiterkeit)

Zu dem Thema haben wir eben von Herrn Yilmaz auch keine wirklich neuen Erkenntnisse gehört. Die maßlosen Übertreibungen im Zusammenhang mit einem ernsthaften Thema und auch eine gewisse Verschwörungstheorie haben wir hier schon öfter diskutiert. Auch im Ausschuss für Planung, Bau und Wohnungsbau geben wir uns eigentlich - glaube ich - in jeder Sitzung ausgesprochen Mühe, gewisse Fehlverständnisse bei einzelnen Beteiligten aufzuklären. Leider mit nur wenig Erfolg. Das muss man an dieser Stelle einmal selbstkritisch anmerken. Eigentlich geht es bei dem Tagesordnungspunkt heute um den Aufstellungsbeschluss im Zusammenhang mit dem Gelände des alten Polizeipräsidiums und nicht um das Potpourri an Themen rund um das Ideenfeld „sozialer Wohnungsbau und Wohnungsversorgung“, wie es uns gerade eben präsentiert worden ist. Darüber ist zum Beispiel hier in diesem Plenum zuletzt am 16. November gesprochen worden. Aus meiner Fraktion hat Kollege Dr. Kochsiek eine Rede gehalten. Ich habe sie mir noch einmal ausgedruckt und bis eben überlegt, ob ich sie einfach so noch einmal halte, weil das zu 95 Prozent wieder gepasst hätte. Das will ich aber jetzt mit Blick auf die Uhrzeit und mit Rücksicht auf die Beteiligten nicht tun.

(Zurufe)

Genau. Ich habe die Folgegefahren erkannt, habe dann abgewogen und entschieden, vielleicht die zehn Minuten nicht auszuschöpfen. Ich will Ihnen einmal die beste Passage präsentieren, die inhaltlich jetzt vielleicht auch an diesem Punkt wieder Erwähnung finden sollte:

„Wir als Koalition haben bereits vor einem Jahr hier deutlich gemacht, dass der Bebauungsplan für die Fläche des alten Polizeipräsidiums weiterentwickelt werden soll. Dem kommt der Magistrat jetzt nach. Er hat einen Beschlussvorschlag unterbreitet. Es ist auch richtig, denn der alte Bebauungsplan aus dem Jahr 2000 ist inhaltlich überholt. Die Verhältnisse haben sich seitdem verändert. Und, wie wir auch sehr oft hier ansprechen, der Wohnungsbedarf in Frankfurt ist seitdem deutlich gestiegen. In den letzten 17 Jahren ist Frankfurt um über 100.000 Einwohner gewachsen. Das Planungsdezernat arbeitet nun konsequenterweise daran, die Rahmenbedingungen des Bebauungsplans zu ändern und diese neuen Bedingungen jetzt in Planungsrecht zu gießen.“

(Zurufe)

Das ist gut für die Investoren. Es gibt ihnen Planungssicherheit. Das derzeit noch laufende Bieterverfahren mit dem Land bleibt dadurch für alle Beteiligten transparent. Entstehen soll ein gemischtes neues Stadtquartier mit bezahlbaren Wohnungen und Büros, möglicherweise mit einem Hochhaus und einem Hotel. Vorgesehen ist auch der Bau einer Turnhalle für die Falkschule und von Kitas.“

Die steigende Nachfrage nach Wohnraum wird damit beantwortet und berücksichtigt. Es geht jetzt darum - und nur darum geht es bei dem Beschluss, das sollte vielleicht auch die LINKE. verstehen -, hier eine Veränderung herbeizuführen, sodass auch dieses Gelände einen noch besseren Beitrag leisten kann, als es nach dem bisherigen Planungsrecht der Fall wäre.

Wir wollen in dem Gebiet einen Anteil von 30 Prozent des dort zulässigen Wohnraums für den geförderten Wohnungsbau vorsehen. Darüber hinaus soll es eine gemischte innerstädtische Struktur mit Büro-, Dienstleistungs- und gegebenenfalls auch einem Hotelstandort geben. Das besondere Augenmerk, das steht in der Magistratsvorlage, liegt darauf, eine ausgewogene Nutzungsmischung zu erzeugen, und das gerade mit den in den Erdgeschossen entsprechenden belebenden Nutzungen einerseits und deren Zuordnung zu den öffentlichen Räumen andererseits. Die vorhandene Schule mit ihrer Entwicklung als weiterführender Schulstandort soll bestätigt werden und für diese Funktion sollen auch Erweiterungsflächen vorgesehen werden. Das sollte an dieser Stelle nicht unter den Tisch fallen! Die Hochhauskonzeption befindet sich insgesamt in der Überarbeitung, Stichwort „Hochhausrahmenplan“. Deswegen war und ist es auch richtig, an diesem Standort die Frage des Baus von Hochhäusern neu zu beantworten und den alten Plan zu überarbeiten.

Das nicht ganz neue Motto, „100 Prozent Sozialbindung bei der Belegung und zukünftigen Beplanung dieses Wohnquartiers“, ist kein vernünftiges Konzept! Das kann Ihnen so gut wie jede Fachfrau und jeder Fachmann bestätigen. Sozialmix, Balance und Ausgewogenheit sind heute die Maximen, an denen sich gute Wohnungspolitik orientiert. Das sind auch Erfahrungen aus der Vergangenheit, die offensichtlich bei der LINKEN nicht erkannt und nicht gesehen werden sollen. 30 Prozent geförderter Wohnungsbau ist das, was die große politische Mehrheit in diesem Haus seit vielen Jahren für eine gute Mischung und eine gute Vorgabe hält. Was dann entsprechende Bauherren vielleicht darüber hinaus machen, ist deren Entscheidung. Aber diese 30 Prozent sind das Ergebnis einer politischen Diskussion! Diese 30 Prozent sind auch Lehren aus der Vergangenheit! Es ist nicht so, dass nur in Frankfurt über dieses Thema nachgedacht und eine Entscheidung getroffen wurde, die für die Zukunft gelten soll - auch in anderen Städten, etwa in Wien, wird keine monotone, einfach strukturierte Wohnbevölkerung in neuen Wohngebieten gefördert, sondern es geht immer darum, eine gute, gesunde Mischung von verschiedenen Einkommensgruppen zu erzeugen. Herr Pawlik hat in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau ausführlich dargelegt, dass man eben nicht an der Wohnadresse von Menschen erkennen soll, was sie für Einkommensverhältnisse haben. Das will ich jetzt nicht alles referieren. Ich will nur deutlich machen, dass Herr Pawlik das in der letzten Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Wohnungsbau verständlich ausgeführt hat.

Vielleicht noch eine Bemerkung am Schluss:

Im Gegensatz zu manchen von Ihnen habe ich persönliche Erfahrungen gemacht, wie die Situation in Wohngebieten oder Wohnkomplexen ist, bei denen eine Hundertprozentquote bei der Belegung zugrunde gelegt wurde. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Wer so etwas fordert, ist entweder naiv oder dogmatisch oder beides!

Vielen Dank!

(Beifall)